

# VERWALTUNGSVEREINBARUNG

Zwischen

dem

**Landesamt für Finanzen  
Rheinland-Pfalz**

vertreten durch den Präsidenten

(nachfolgend als **LfF** bezeichnet)

und

dem

**Philharmonischen Staatsorchester Mainz**

vertreten durch den Geschäftsführer

wird folgende Vereinbarung getroffen:

1. Die Vereinbarung ersetzt mit Wirkung zum 01.03.2018 die zwischen den Parteien bestehende Verwaltungsvereinbarung vom 14.02.2006 vollständig und einschließlich aller Nachtrags- und Ergänzungsvereinbarungen. Ab dem vorgenannten Tag der Wirkung gilt somit ausschließlich die vorliegende Vereinbarung.
2. Das Philharmonische Staatsorchester Mainz überträgt die mit dem Entgelt und der Beihilfe der Beschäftigten des Philharmonischen Staatsorchester Mainz zusammenhängenden Aufgaben in dem Umfang, wie sie in der Landesverordnung über die Zuständigkeiten des Landesamt für Finanzen (LfF - Zuständigkeitsverordnung) vom 22.05.1985 (GVBl. 1985, S. 141 ff) in Verbindung mit dem Gemeinsamen Rundschreiben der Staatskanzlei, der Ministerien und des Rechnungshofs vom 22.05.1985 (MdF O 1750 A - 418 - 11.971/82) über den Vollzug der LfF – Zuständigkeitsverordnung sowie in der Beihilfen – Zuständigkeitsverordnung vom 31.01.2002 in der jeweils gültigen Fassung niedergelegt sind, auf das **LfF**.

3. Das Philharmonische Staatsorchester Mainz erstattet dem **LfF** monatlich unverzüglich nach Anforderung die durch das **LfF** vorschussweise für Rechnung des Philharmonischen Staatsorchester Mainz getätigten Zahlungen.
4. Das Philharmonische Staatsorchester Mainz erstattet dem **LfF** die mit der Durchführung der Aufgaben aus Ziffer 2 entstehenden Kosten. Die Höhe der Kosten wird jährlich neu ermittelt und halbjährlich zum 01.06. und 01.12. zur Erstattung angefordert. Dabei werden die Zahlfälle des Philharmonischen Staatsorchester Mainz zugrunde gelegt, für die das **LfF** für den jeweils vorangegangenen Monat April bzw. Oktober Vergütungen gezahlt hat. Die Kosten für die Bearbeitung der Beihilfe werden halbjährlich nach erteilten Bescheiden separat in Rechnung gestellt.
5. Die Vertragsparteien gehen derzeit davon aus, dass eine Umsatzsteuerpflicht der Leistungen des **LfF** im Rahmen dieser Verwaltungsvereinbarung nicht besteht. Sollten die Leistungen des **LfF** eine Umsatzsteuerpflicht begründen, wird das **LfF** die Umsatzsteuer in der jeweils geltenden Höhe nachberechnen und dem Philharmonischen Staatsorchester Mainz in Rechnung stellen. Das Philharmonische Staatsorchester Mainz erstattet dem **LfF** im Falle einer Umsatzsteuerpflicht die in Rechnung gestellte Umsatzsteuer unverzüglich nach Aufforderung durch das **LfF**.
6. Das Philharmonische Staatsorchester Mainz übermittelt dem **LfF** alle Informationen und Daten, die zur Erfüllung der nach Ziffer 2 übertragenen Aufgaben erforderlich sind. Soweit von dem Philharmonischen Staatsorchester Mainz Daten benötigt werden, werden diese vom **LfF** zur Verfügung gestellt. Das **LfF** bestimmt jeweils die Art und Weise der Übermittlung und des Übermittlungsverfahrens.
7. Das **LfF** haftet – sofern der Vertrag nicht ausdrücklich eine abweichende Regelung vorsieht – nur für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit. In Fällen der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, die das **LfF** zu vertreten hat, haftet das **LfF** unbeschränkt.
8. Sollten einzelne Bestimmungen dieser Vereinbarung ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein oder nach Vertragsabschluss werden, so bleibt die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen davon unberührt. Dies gilt auch für den Fall, dass sich die Vereinbarung als lückenhaft erweist. Die Parteien sind sich darüber einig, dass statt der unwirksamen Bestimmung die wirksame Regelung als vereinbart gilt, die dem wirtschaftlich Gewollten der unwirksamen Bestimmung am nächsten kommt. Entsprechendes gilt, wenn sich in der Vereinbarung eine Lücke zeigt.

9. Mündliche Abreden oder Nebenabreden zu dieser Vereinbarung wurden nicht getroffen. Sofern Nebenabreden getroffen werden, sind diese stets schriftlich zu fassen.
10. Diese Verwaltungsvereinbarung tritt am 01.03.2018 in Kraft und gilt auf unbestimmte Zeit. Die Verwaltungsvereinbarung kann mit einer Frist von sechs Monaten zum Ende eines Kalenderjahres gekündigt werden. Die Kündigung bedarf der Schriftform.
11. Änderungen und Ergänzungen dieser Vereinbarung bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform.

Beide Parteien haben je ein von beiden Seiten im Original unterzeichnetes Exemplar dieser 3-seitigen Vereinbarung erhalten.

Mainz, den 09.10.2018  
Philharmonisches Staatsorchester Mainz



Koblenz, den 28.02.2018  
Landesamt für Finanzen

